



„BUDGETREDE“ FÜR GR-SITZUNG VOM 9. DEZEMBER 2010

Titel: Erschreckende Sorglosigkeit statt Vorsicht einer ordentlichen Geschäftstätigkeit

Uttl: PUK: Keine Zustimmung zu alarmierender Schuldenexplosion im Voranschlag 2011

Ein Geschenk an STR Mayer – nämlich eine Reise in die Karibik – ist dem PUK-Budget zum Opfer gefallen, obwohl es uns schwer gefallen ist. Entscheidend für die Streichung dieses Geschenkes war, dass Budgetmittel auch ohne diese Reise verlässlich vernichtet werden würden.

Schuldenpolitik

Über € 16,2 Mio. neue Kredite werden aufgenommen Der Netto-Schuldendienst wird insg. € 3,78 Mio. betragen! Mit Ende des nächsten Haushaltsjahres wird die **Verschuldung der Stadtgemeinde auf € 75,2 Mio. geklettert** sein. Das ist etwa gleich hoch wie das ordentliche und außerordentliche Budget für das kommende Jahr zusammen. Die pro Kopf-Verschuldung ist – Stand 31.12.2009 – ohnehin bereits bei € 2.184,-. Und bitte ersparen Sie mir Vergleiche mit anderen Gemeinden. Diese haben nur dann einen Sinn, wenn man weiß, wofür Geld investiert wird. Sinn macht eine Investition, wenn damit ein zusätzlicher, neuer Ertrag ermöglicht wird. Bei uns dient das Schuldenmachen aber überwiegend dem Straßenbau – nur in sehr geringem Maß dem Neubau von Kinderbetreuungseinrichtungen, und dann zur indirekten Finanzierung des laufenden Betriebes durch Gewinnentnahmen aus den ausgesaugten marktbestimmten Betrieben – völlig entgegen dem Vorsorge-/Rücklageprinzip.

Das **Maastricht-Ergebnis**: ich will mich gar nicht mit Vergleichen mit Prognosen der Vorperioden aufhalten: € -12,12 Mio. Das sind 15,6% des Gesamthaushalts.

Wir glauben nicht, dass die Aufsichtsbehörde dieses Budget genehmigen kann.

Es muss nämlich klar sein, dass **unsere Defizitpolitik von anderen Gebietskörperschaften ausgeglichen werden muss. Das Konzept eines Konsolidierungspfades, wie er im nationalen Stabilitätspakt festgehalten wird, ist offenbar spurlos an Klosterneuburg vorübergegangen.**

Sämtliche Rücklagen werden aufgelöst (€ 1,5 Mio).

Hiezu gehört auch, dass Gewinnentnahmen in bisher noch nicht gekannter Höhe getätigt werden: € 0,41 Mio. bei Wasser, € 1,68 Mio. bei Abwasser, € 0,87 Mio. bei Müll, insg. € 2,95 Mio. um die der Abgabenzahler betrogen wird. Neuerdings werden diese Gewinnentnahmen „Maastricht Buchungen“ genannt. Beim billigsten unserer monopolistischen Betriebe, der Müllabfuhr, werden die **Gebühren für die Kundinnen und Kunden um 20% erhöht, was die BürgerInnen mit einer ½ Million Euro zusätzlich belastet.**

Der a.o. Haushalt ist überzogen hoch und basiert völlig auf Darlehensfinanzierung.

Diese Budgettechnik treibt unsere Schulden unaufhaltsam in die Höhe. Wir zahlen also doppelt für die marktbestimmten Betriebe: für Kapitalrückzahlungen und Zinsen € 3,71 Mio. plus für Gewinnentnahmen € 2,95 Mio. – in Summe insg. € 6,66 Mio.

Für diejenigen von Ihnen, die glauben, das Maastricht-Ergebnis sei eigentlich irrelevant, hier ein paar Auszüge aus einer Rede von Gabi Burgstaller (2001):

Das Maastricht-Ergebnis wird – vereinfacht dargestellt – durch den **Vergleich des Ergebnisses der „laufenden Gebarung“ und der „Vermögensgebarung“ ermittelt**. In der laufenden Gebarung werden mit Ausnahme von Darlehensbewegungen die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde aus der laufenden Wirtschaftsführung dargestellt. In der **Vermögensgebarung sind die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit Investitionen aus An- und Verkäufen von Anlagevermögen** und Kapitaltransferzahlungen dokumentiert. Kapitaltransferzahlungen sind ausdrücklich für Investitionszwecke oder für einen sonstigen Vermögenszuwachs bestimmt.

Ist der verbleibende Betrag aus der laufenden Gebarung höher als der Saldo aus der Vermögensgebarung, liegt ein positives Maastricht-Ergebnis vor. Das bedeutet, dass die Gemeinde mit den verbliebenen Mitteln Darlehen getilgt oder Rücklagen gebildet hat oder Reserven in Form eines Überschusses erwirtschaftet hat.

Reicht der verbleibende Betrag aus der laufenden Gebarung nicht aus um den Saldo aus der Vermögensgebarung zu bedecken, liegt ein negatives Maastricht-Ergebnis vor. Die Gemeinde muss zur Bedeckung der in der Vermögensgebarung dargestellten Investitionen auf Rücklagen, Darlehen oder Überschüsse aus Vorperioden zurückgreifen. Ist all dies nicht der Fall, hat die Gemeinde einen Abgang erwirtschaftet.

Das Maastricht-Ergebnis zeigt also, dass der Abbau von Schulden und die Schaffung von Reserven in Form von Rücklagen oder Überschüssen positiv, die Inanspruchnahme von Reserven (Rücklagen oder Überschüsse) und Darlehensaufnahmen bzw. das Erwirtschaften eines Abganges negativ sind.

In diesem Zusammenhang ist die im Voranschlag enthaltene mittel- und langfristige Finanzplanung nur als launiger Scherz zu sehen, ohne jeglichen Realitätsbezug, wie auch unsere Aufsichtsbehörde (Rechnungshof) festgestellt hat. Nur es geht im gleichen Trott weiter.

Es wird deutlich, dass wir seit Jahren über unsere Verhältnisse leben. Glaubt man, dass das ewig so weitergehen kann? Kann man nur von der Substanz oder der nächsten Generation leben? Was wir hier haben ist Realitätsverweigerung pur.

Kreditsperren

In diesem Budget bekennen die Verantwortlichen Farbe, was wirklich wichtig ist in Klosterneuburg. Wo könnte aus Sicht der Budgetverantwortlichen also gespart werden. Diesmal **lohnt sich ein etwas genauerer Blick in die Subventionslandschaft**.

Mit einer **50%igen Kreditsperre** sind **überwiegend Bereiche der Jugendförderung, der Kultur, der Senioren und die ökologischen Bereiche belegt**.

Ein paar Beispiele (– auch Herr Stadtrat Mayer nimmt sich die Freiheit, alle möglichen Zahlen bis hinters Komma vorzulesen – nehmen Sie sich Zeit, diese Zahlen anzusehen):

Streetwork € 55.150,- ... Was kann man mit dem ½ Betrag erreichen? Ein Aprilscherz!

Maßnahmen **Bildung**, gegenüber Vorjahr reduziert von € 10.000,- auf € 5.000,-

Studienbeihilfen, gegenüber Vorjahr reduziert von € 5.600,- auf € 2.100,-; ein grausamer Scherz auf Kosten der wirtschaftlich schwächsten

Förderung **bildender Künste**, gegenüber Vorjahr reduziert von € 2.000,- auf € 1.000,-

Musik/Kunst, gegenüber Vorjahr reduziert von € 22.500,- auf € 15.000,-

Förderung **Schrifttum/Sprache**, gegenüber Vorjahr reduziert von € 8.000,- auf € 6.000,-

Heimspflege/Kulturpflege, gegenüber Vorjahr reduziert von € 24.500,- auf € 11.000,-

Natur-/Landschaftsschutz, gegenüber Vorjahr reduziert von € 2.500,- auf € 1.500,-

Alternative Energien, gleichgeblieben mit € 60.000,- trotz massivem Mehr an Anträgen

Althausanierung, gegenüber Vorjahr reduziert von € 25.000,- auf € 20.000,-

Heimhilfe/Seniorenbetreuung, gegenüber Vorjahr reduziert von € 15.000,- auf € 10.200,-

Und der größte Brocken:

Leibeserziehung/Sport, gegenüber Vorjahr reduziert von € 260.000,- auf € 200.000,- die Kreditsperre trifft natürlich indirekt das Happyland.

Lehrlingsentschädigung, gegenüber Vorjahr reduziert von € 1.800,- auf € 1.500,-
Diverse **Wirtschaftsförderungen**, gegenüber Vorjahr reduziert von € 70.000,- auf € 56.000,-

Die Subvention zum **Weintag wird allerdings erhöht** von € 10.000,- auf € 12.000,- (weil das Leopoldifest ja einen Tag länger dauern wird).

D.h. es werden mit Ausnahme der Weinseeligkeit **bereits die Budgetansätze zwischen 20% und 70% gekürzt**, davon kann jedoch nur die Hälfte ausbezahlt werden.

Insgesamt sind mit einer 50%igen Kreditsperre ca. € 464.000,- belegt, das ergibt ein theoretisches Einsparungspotenzial von € 232.000,-. Das wird uns nicht retten – aber was wird mit den betroffenen Bereichen????!!!

Daher muss man noch ein wenig mehr tun:

Und daher gibt es jetzt **auch eine 80% Kreditsperre in einigen Bereichen**. Die sind allerdings nicht so leicht herauszuarbeiten, weil sie sich verschämt hinter der **pauschalen Postenklasse 61 – Instandhaltungen** (ohne EDV) und Konto „**400000**“ – **geringwertige Wirtschaftsgüter** versteckt.

Hier dürfen die Konten der **geringwertigen Wirtschaftsgüter**, die über € 10.000,- liegen, nur zu 80% ausgeschöpft werden. In Summe ergeben diese „kleinen Fische“ € 191.700,- das Einsparungspotenzial ist daher nur knapp über **€ 38.000,-**.

Sehr viel schlimmer wird's bei der **Klasse der Instandhaltungen**, sie sich auf insgesamt € 1.996.300,- summieren, was ein „Einsparungspotenzial“ von **€ 399.260,-** bedeutet.

Im **Detail wird's hier unappetitlich**. Wenn man nämlich bedenkt, dass das **Ziel der Instandhaltung der Werterhalt von Eigentum und Produktionsmitteln** ist, kann man eigentlich davon ausgehen, dass Budgetposten ja nicht aus Jux und Tollerei angesetzt wurden, sondern mit Verantwortung.

Schulen und Museum haben einen Instandhaltungsbedarf von € 805.500,- davon sollen € 171.000,- nicht freigegeben werden, bei Beleuchtung € 228.000,-, bei Straßensicherheit/Fahrzeuge/Verkehrszeichen € 205.500,-, unseren Bädern € 97.300,-, bei Wasser/Abwasser/Müll in Summe € 160.000,- und ein Monsterbrocken Kanalnetz € 500.000,- jeweils 20% weniger.

Meine Prognose ist: diese **Einsparungen sind nicht realisierbar**, weil sonst **überproportional wachsende Schäden an unserer Infrastruktur und an unseren Einrichtungen auftreten werden**. Wie sich ein Mangel an werterhaltenden Investitionen auswirkt, kann am Beispiel Happyland mit großer Deutlichkeit gesehen werden.

Oder hat man in weiser Voraussicht bereits die Werte so hoch angesetzt, dass man locker auch mit den geringeren Beträgen auskommt? Wenn das so ist, dann ist das auf das schärfste zurückzuweisen.

Weitere unerfreuliche Details, die noch nicht erwähnt wurden

- **Schülerbetreuung: um 1/3 gekürzt**
- **Heizkostenzuschuss** von € 35.000,- auf € 8.000,- - wobei gesagt werden muss, dass Soziale Wohlfahrt insg. nur deshalb höher budgetiert wird, weil per Landesgesetz höhere Umlagen abzuführen sind. Diese wirken sich nicht direkt auf Klosterneuburg aus.
- **Mehrleistungsvergütungen** im Bereich Museum erfahren eine 70%ige Steigerung, bei ohnehin steigenden Personalkosten – Why?

- **Kirchliche Angelegenheiten** – was immer das sein mag – erfährt eine Steigerung, wenn- gleich mit 80%iger Kreditsperre belegt
- **Als Beispiel für den Moloch Straßenbau- und Erhaltung** sei erwähnt, dass für Ge- meindestraßen nächstes Jahr über € 400.000,- **Kapitalrückzahlung** anstehen plus € 226.000,- für **Zinsen**. Eine 2/3 Million zusammengerechnet.
- **Radwege** sind weit geringer dotiert als 2010, obwohl es genug zu tun gibt. Mit vergolde- ten Lösungen werden wir ewig brauchen. Und die wesentlichsten Anbindungen (z.B. Bahnhof Kierling aus Richtung Stadt oder Radwege zu den Schulen) stehen in Warte- schleife.
- **Dass einnahmenseitig für Rückersätze vom Fahrscheinverkauf weniger budgetiert** wird als für heuer, und das auch noch mit der Entwicklung der Fahrgastzahlen argumen- tiert wird ist **symptomatisch für die sektorale Blindheit der Verantwortlichen: natür- lich geht die Nutzung des ÖV zurück, wenn man ihn stiefmütterlich behandelt**.
- Dass um teures Geld die Auffahrt Haschhof mit einem **fernsteuerbaren Schranken** aus- gerüstet werden soll, fällt für uns in die gleiche Kategorie wie ein teures Dach über Teil- len des Recyclinghofes, wobei die gesetzlichen Auflagen wohl billiger hätten erfüllt wer- den können. Hier dient die Fernsteuerung nur der **Bequemlichkeit der Fahrer**. Und teu- er ist nicht der Schranken, sondern die Elektrifizierung!
- Erklären Sie mal BürgerInnen, die auf Heizkostenzuschuss angewiesen sind, dass für die **Montage und Demontage der Weihnachtsbeleuchtung** satte € 25.000,- vorgesehen sind.
- Vielleicht soll diese Information über das **Amtsblatt** verteilt werden. In unserer ange- spannten Budgetsituation ist – saldiert – **fast eine Viertel Mio. Euro** für ein völlig durch die VP vereinnahmtes Propagandamedium eindeutig zu viel.
- Für **Kinderspielplätze** wird außer Toiletten **nichts** investiert (€ 5.000,- ein Fünftel frühe- rer Ansätze).
- **Ungleichgewicht von Steigerungen**: Warum beim Strandbad einnahmenseitig Steige- rungen von etwa € 11.000,- vorgesehen sind, ausgabenseitig jedoch € 65.000,- ist unklar. Ähnlich ist es mit Kritzendorf wo einnahmenseitig nur € 11.000,- vorgesehen sind, aus- gabenseitig jedoch € 16.000,-. Und das unabhängig von einem bereits hohem Abgang.
- Im A.O. Budget werden knapp **über 3 Millionen in Straßenbau** investiert. Die Folge- kosten habe ich bereits erwähnt. Im Gegensatz dazu sind die Ausgaben für Wasser und Kanal mit je einer bzw. 2,8 Millionen bescheiden und zumindest im Prinzip ertragreich, was man von Straßen sicherlich nicht sagen kann.

Völliger Mangel an Strategie – Todsünde #1

Mit Schrecken sehe ich für **Immobilieninvestitionen € 8 Mio.** veranschlagt. Ich glaube nicht, dass die Opposition etwa dem Kauf der Kasernengründe zustimmen wird, **wenn nicht ein ausgereiftes Konzept vorgelegt wird**. Mit Betonung auf „VOR“-gelegt. „Nach“-denken nützt nichts, es muss „vor“-gedacht werden, und das auf möglichst breiter Basis. Denn dafür werden Sie die 2/3 Mehrheit brauchen. Und sehr gute Argumente, um den Eigenbedarf der Stadtgemeinde gegenüber der Bundesimmobilienverwaltung zu argumentieren.

Happyland: Der 95% Eigentümer sieht seit Jahren zu, wie das Zentrum vor sich hin düm- pelt und – zusammengerechnet – im kommenden Jahr € 911.000,- verschlingen wird. Da sind die versteckten Subventionen über die Sportclubs noch nicht enthalten (die möglicher- weise aber nur zu 50% auszahlfähig sind), das wären noch einmal ca. € 100.000,-.

Nun wird um Steuergeld ein „Masterplan“ erstellt, sicherheitshalber wird dieser aber nicht

veröffentlicht. **Seitens der Mehrheitsfraktion wird erwartet, dass die Opposition in blindem Vertrauen waghalsige Maßnahmen unterstützt, deren Auswirkungen nicht in ihrer vollen Breite dargestellt wurden.** Dass ein gerüttelt Maß an Misstrauen angebracht ist, zeigen die Geschehnisse um den Eislaufplatz.

Energiepolitik: rundherum bemühen sich Gemeinden, energieautark zu werden. Das erfordert Konzepte, Mut, Aktivität, die über die laufenden Verwaltungsaufgaben weit hinausreichen. Positiv bewertet muss werden, dass endlich € 52.000,- für die Erstellung eines **Energiekonzeptes** vorgesehen sind. Seit 4 Jahren versucht die PUK, dies durchzusetzen. Es ist bereits 5 nach 12! Wir werden seitens der PUK aber sehr sorgfältig darauf achten, dass damit ein unabhängiges und nicht befangenes Institut beauftragt wird. **Wenn aber in Zukunft weiterhin die Gemeindepolitik mit einem Fuß auf dem Gaspedal, mit dem anderen auf der Bremse steht wird es außer Spesen nichts geben.**

Weiterhin wird die wesentlichste Energie, nämlich die, die **nicht** verbraucht wird, praktisch nicht gefördert: weder für **Isolierungsmaßnahmen** noch für die Installation **alternativer Energieversorgung** stehen ausreichend Mittel zur Verfügung, und die werden mit einer Kreditsperre belegt. Gerade hier ist die Gemeinde besonders gefordert, weil es um hohe Investitionen einzelner geht. **Die Gemeinde wäre eingeladen, entweder genossenschaftliche Modelle oder Energy-Contracting-Modelle salonfähig zu machen.**

Ein Beispiel eines Schildbürgerstreichs – berichtet von einem Bürger: Kindergarten Käferkreuzgasse. Im Sommer 2010 wurde nur eine Mauer wärmeisoliert; Grund: unzureichendes Budget ... Rentabilität (Amortisation innerhalb weniger Jahren) einer gänzlichen Wärmeisolierung liegt in Anbetracht des Gebäudes (Alter, Form) auf der Hand; stattdessen Isolierung einer Seite - ironischerweise jener Seite die am wenigsten bringt; Isolierung nicht von Gruppenräumen sondern Isolierung von Stiegenhaus, Umkleideraum und Gang (das sind Räume mit geringerem Wärmebedarf, die zudem in einer auf Energieeffizienz beruhenden Planung deshalb als Puffer vorgesehen werden).

Verkehrspolitik: die Zögerlichkeit, mit der hier vorgegangen wird ist erschütternd. Klosterneuburg ist in mehrfacher Hinsicht gefährdet. Erstens als Umlandgemeinde eines Großraums, der weiter massiv Menschen anzieht, und daher eine hohe Dichte und weitere Expansion auch unserer westlich angrenzenden Nachbarn (sprich Tullnerfeld) bewirken wird. Zweitens wird es in Klosterneuburg sicher auch in nächster Zeit nicht ausreichend Arbeitsplätze geben. Eine weitere Zunahme an Mobilitätsbedarf kann als sicher angenommen werden. Daher sind **Verkehrskonzepte** zu erstellen und umzusetzen, die **nicht mehr auf Basis des motorisierten Individualverkehrsmittels** funktionieren, sondern auf **Basis des Öffentlichen Verkehrs**. Andernfalls ist's aus mit der Lebensqualität – wir werden in Schadstoffen und Lärm ersticken. Selbst schlichte Versuche, wenigstens die Koordination des Öffentlichen Verkehrs zu verbessern ziehen sich seit einem $\frac{3}{4}$ Jahr wie ein Strudelteig. Warum es so lange braucht, den von uns initiierten „Öffi-Gipfel“ abzuhalten ist nur mit völligem Desinteresse der Verantwortlichen an der oben geschilderten Entwicklung zu begründen. Immerhin wird ein Öffi-Gipfel ein Signal setzen, dass es ein dringendes Interesse gibt, die Attraktivität des ÖV zu stärken.

Wir brauchen daher ein **umfassendes Verkehrskonzept**. Und das nicht erst 2012 – weil es uns spätestens 2013 ohnehin im Zuge der Überarbeitung des Örtlichen Entwicklungskonzepts vorgeschrieben wird – sondern gestern. Weil ununterbrochen Investitionen in die falsche Richtung erfolgen.

Folgekosten Straßenbau: Völliger Mangel an Weitblick herrscht in Bezug auf Ausbau von Straßen: Millionen werden nächstes Jahr investiert, die Folgekosten generieren: Erhaltung, Reinigung, Erneuerung, Winterdienst, Beleuchtungskosten. Das Verhältnis zwischen Inves-

tionen in Öffentlichen Verkehr und allen mit motorisierten Individualverkehr zusammenhängenden Ausgaben bleibt unverändert windschief.

Gerade bei der **Beleuchtung** wird das Einsparungspotenzial der verbesserten Technik nicht verwirklicht (Rebound-Effekt): Trotz Umstiegs auf sparsamere Leuchtkörper steigt der Strombedarf ständig. **€ 320.000,-** sind wirklich nicht zu vernachlässigen. Aber es wird immer weiter an der totalen Lichtverschmutzung von Klosterneuburg gearbeitet. Hier in Klosterneuburg tut man so, als hätte man das Wort Energy-Contracting noch nie gehört. Dadurch wäre in einigen Jahren der Totalumstieg auf wirklich sparsame Beleuchtung möglich, vorausgesetzt, es wird mit Augenmaß beleuchtet.

Skandalös ist weiterhin, dass die öffentliche Beleuchtung unverändert unter Tags gewartet und kein Strom/CO₂ gespart wird. Simpler Vorschlag: wieso nicht ein Jahr lang versuchen, dass BürgerInnen defekte Lampen melden (z.B. via Homepage der Stadtgemeinde). Falls eine Lampe dadurch übersehen wird, dann wird dieser Lichtpunkt vermutlich ohnehin niemand abgehen.

Fragwürdige Personalpolitik – Todsünde #2

Wenn man sich die Entwicklung des Personalstandes ansieht – ich habe das nur für die letzten 4 Perioden gemacht – müsste man zur Überzeugung kommen, dass die Aufgaben ständig an Umfang zunehmen.

Der Soll-Personalstand war für

2008	367 MitarbeiterInnen,
2009	383,
2010	387 und soll nächstes Jahr
2011	400 betragen. Seit 2008 eine Steigerung von 9%, und das bei ständig schrumpfenden Einnahmen.

Dies ist kaum durch zusätzliche Planposten im Bereich der Kindergärten bedingt; die Systematik ist seit Jahren die gleiche, auch ohne diese zusätzlichen Erfordernisse.

Während überall in der Wirtschaft der Gürtel enger geschnallt wird, ist bei uns davon keine Rede. **Fast € 16 Mio. Personalkosten sind nämlich kein Klacks** – ich überlasse es Ihnen, daraus durchschnittliche Einkommen abzuleiten.

Vordringlich wäre, die Effizienz unserer Verwaltung zu erhöhen.

- Die Verantwortung für Baumkataster und -pflege wird um horrenden Beträge ausgelagert – die Aufgabe wurde ja früher auch erledigt, wenn man nur an die unzähligen verstümmelten oder inzwischen gefällten Bäume entlang der Wiener Straße denkt. Ziel Personalentlastung?
- Im Bauamt laufen Verfahren, Berufungen, Devolutionsanträge jahrelang im Kreis. Dafür bleibt keine Zeit, um angezeigten Sachverhalten (z.B. der Nichteinhaltung eines Einreichplans) rechtzeitig nachzugehen. Wozu heißt das „Baupolizei“?
- Den Flächenwidmungs- und Bebauungsplanagenden gelingt es nicht, den Verdacht der Berücksichtigung von Partikularinteressen abzustreifen.
- Kritische Verwaltungsabläufe werden nicht transparent und überprüfbar dargestellt (sprich veröffentlicht), obwohl es dafür längst Standards gibt (etwa ISO900x).
- Liegenschaftsmanagement ist immer noch nicht in eine Hand zusammengeführt.
- Alljährlich werden neben dem ohnehin praktisch automatisierten Besoldungsschema noch Prämien und außertourliche Vorrückungen nachgeschoben.

Es sollte klar sein, dass dieser Vorwurf weniger in Richtung der MitarbeiterInnen gerichtet ist, sondern sich auf eine durchgängige Sichtung der Aufgaben der Kommunalverwaltung bezieht. **Es kann/darf doch lokal nicht so ausgehen, wie beim Österreichkonvent!!!**

Unsere Bilanz

- Für Klimaschutz und eine Ökologisierung der Lebensbedingungen (**ernsthafte Programme zur thermischen Gebäudeisolation**, Ermöglichen von **alternativen Energieversorgungsformen** bis hin zur Energieautarkie) geschieht viel zu wenig. Laut Prof. Kromp-Kolb müssen innerhalb von 10 Jahren bereits alle Maßnahmen zur Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen greifen, um auch nur irgendeine Chance auf Beschränkung des globalen Temperaturanstiegs auf 2°C zu erreichen. Die Erstellung eines Energiekonzeptes für Klosterneuburg mit anschließender Umsetzung muss absolute Top-Priorität genießen.
- Wir rasseln weiterhin in Richtung der **Totalmotorisierung ohne Rücksicht auf Verluste von Lebensqualität**. Typische Probleme von Umlandgemeinden werden ignoriert. Was ist eigentlich aus den Mitteln – so gering sie auch waren – geworden, die für die Erstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes 2010 vorgesehen waren?! Natürlich eine rhetorische Frage! Und für kommendes Jahr ist wieder nichts vorgesehen. Das ist fahrlässig!
- **Visionen und auf breiter Basis beschlossene Strategien sind inexistent** – Stichwort Happyland, Nutzung des Kasernengeländes. Dorf- und Stadterneuerung scheinen ebenfalls zu Geheimprojekten zu mutieren.
- **Völliges Verabsäumen des Erschließens zukunftsorientierter, innovativer und nachhaltiger Quellen von Einkommen, etwa durch Schaffung alternativer Energieversorgung (Wind, Wasser, Biomasse, Geothermie...)**

Und jetzt die aus unserer Sicht wirklich beschämenden Punkte:

- **Die geplanten Einsparungen gehen überwiegend zu Lasten der Jugend, des Sports, von berufstätigen Frauen, Alten und von wirtschaftlich schwachen.** Das verdient uneingeschränkt die Bezeichnung „unsozial“.
- **Die Schuldenpolitik geht zu Lasten der nächsten Generation.** Wir entfernen uns immer mehr von einem **Konsolidierungspfad**. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, was von der mittelfristigen Finanzplanung zu halten ist. Sie ist fahrlässig geschönt.
- **Die Kreditsperren gefährden in hohem Maß unsere Infrastruktur.**

Gerade in Zeiten wie diesen wäre es angebracht, den **Prozess der Budgeterstellung radikal zu verändern**: in der Schweiz wird etwa über jedes Gemeindebudget durch die Bevölkerung abgestimmt. Hier müssen Prioritäten wirklich glaubwürdig vertreten werden. Die mindeste Veränderung, die wir seitens der PUK fordern, ist ein **zweistufiger Budgeterstellungsprozess** – eine wie auf Bundesebene übliche Lesung in einem ersten Schritt und die Überarbeitung vor Verabschiedung. Dann würde das Budget auch wahrscheinlich von allen Fraktionen getragen werden. **So wie das hier abläuft, ist das Budget als Farce zu betrachten, die so tut, als ob alles weitergehen könnte wie bisher.**

Gibt es in Klosterneuburg eigentlich kein MORGEN???

Ausweg aus der unbefriedigenden Situation bietet sich nur in einer **radikalen Abkehr von bisherigen großmannsüchtigen Denkmustern**:

1. Unglaubliche Aufwendungen mit Hauptaugenmerk auf **motorisierten Individualverkehr gehören eingeschränkt**
2. Subventionen aus dem Bereich des Wohnrechts herauslösen. **Klare Kriterien für die Gewährung von Subventionen**

3. **Neue Einkommensquellen durch attraktive kommunale Leistungen:** Fernwärme/-kühlung und Stromversorgung als energieautarke Gemeinde. Auch **Isolierprogramme/Energy-Contracting** gehören in diesen Bereich
4. Generieren von Einnahmen durch **Zweitwohnsitzbesteuerung** – wie bereits von uns in einer der letzten Gemeinderatssitzungen angesprochen
5. **Durchforsten der Aufgaben unserer Kommunalverwaltung, Verbesserung der Abläufe**
6. **Keine Darlehensaufnahme für unproduktive Bereiche**
7. **Vernünftige und realistische mittel- und langfristige Finanzplanung.**

Die PUK stimmt diesem Voranschlag aus der Vielzahl der o.a. Gründe nicht zu.

Bernd Schweeger